



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

VERÄNDERUNG UND BESTÄNDIGKEIT

■ ANALYSE	
Geopolitik, Macht und kirchliche Identität: Der Konflikt um die orthodoxe Kirche in der Ukraine	2
Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien), Nadezhda Beljakova (Russische Akademie der Wissenschaften)	
■ STATISTIK	
Anzahl der orthodoxen Kirchengemeinden in der Ukraine	5
■ UMFRAGE	
Meinung zur Kirchenspaltung: die ukrainische Perspektive	6
Meinung zur Kirchenspaltung: die russische Perspektive	7
Die ukrainisch-russischen Beziehungen	8
■ DEKODER	
Unreformierbar	9
Wladislaw Inosemzew (Sobesednik)	
■ RATING	
Die politische Elite im Jahr 2018	12
■ CHRONIK	
3. Dezember 2018 – 10. Januar 2019	16

Geopolitik, Macht und kirchliche Identität: Der Konflikt um die orthodoxe Kirche in der Ukraine

Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien),
Nadezhda Beljakova (Russische Akademie der Wissenschaften)

Zusammenfassung

Am 6. Januar 2019 ist die neue Orthodoxe Kirche der Ukraine mit dem sogenannten Autokephalie-Tomos anerkannt worden. Damit sollten die anhaltenden Diskussionen um die Unabhängigkeit der orthodoxen Kirche in der Ukraine von Moskau beendet werden. Politische Verstrickungen und kirchliche Machtkämpfe führen jedoch dazu, dass die kirchliche Lage in der Ukraine noch viele Jahre konfliktreich bleiben wird.

Historische Vielfalt als Chance

Die Ukraine ist historisch ein religiös vielfältiges Gebiet. Die Grenzen des Landes und seine nationale Zugehörigkeit wechselten mehrfach, so dass religiöses Bekenntnis oft mit einer bestimmten ethnischen Identität verknüpft ist. Der Islam hat durch die Tataren auf der Halbinsel Krim, das Judentum im Westen des Landes tiefe Wurzeln auf dem Gebiet der heutigen Ukraine. Das Christentum war hier historisch mit verschiedenen Traditionen verbunden und unterlag dem Einfluss mehrerer Machtzentren. 988 kam das Christentum in das Fürstentum der Kiewer Rus' und andere slawische Länder Osteuropas und wurde als Orthodoxe Kirche zur dominierenden Religionsgemeinschaft der Region. Im 17. Jahrhundert schlossen sich einige orthodoxe Bistümer im westlichen Gebiet der römisch-katholischen Kirche an. Als Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK), die sich als Bewahrerin des Erbes der ukrainischen Kirche versteht, ist dies heute eine bedeutende Konfession besonders im Westen der Ukraine. Schließlich sind auch lutherische und zahlreiche freikirchliche Gemeinschaften im Land vertreten.

Die in Gemeinschaft mit dem Moskauer Patriarchat stehende Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) war bisher die einzige kanonisch anerkannte orthodoxe Kirche der Ukraine. Sie genießt laut den Statuten der ROK den Status einer »weitreichenden Autonomie«, das heißt sie ist in ihrer Verwaltung, Struktur und Personalentscheidungen vom Moskauer Patriarchat unabhängig. In Zahlen ist die UOK die stärkste Konfession in der Ukraine, ca. 12.000 Gemeinden zählen zu ihr. Die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK-KP), die sich in den 1990er Jahren vom Moskauer Patriarchat abspaltete und bis 2018 von keiner Kirche anerkannt war, hat ca. 5000 Gemeinden. Da es keine sicheren Mitgliederzahlen gibt, schwanken die entsprechenden offiziellen Angaben. Aktuelle Umfragen sprechen von einer größeren Zahl von Gläubigen, die sich mit dem Kiewer Patriarchat identifizieren, und einer zurückgehenden Zahl von Anhängern der UOK.

Allerdings bezeichnet sich auch eine bedeutende Zahl der Bevölkerung als »einfach orthodox«. In der Tat muss man davon ausgehen, dass viele Kirchgänger die Zugehörigkeit ihrer Kirchgemeinde zu der einen oder anderen kirchlichen Struktur nicht als entscheidend ansehen, da es auch liturgisch keine Unterschiede gibt.

Die religiöse Vielfalt ist für die Ukraine eine gesellschaftliche Chance, denn sie hat bisher – trotz entsprechender Versuche – die Instrumentalisierung einer Religion als Staatsreligion verhindert. Während die Führung der ROK gerade in dem Konflikt um die Ukraine ihre politische Verstrickung offenbart, konnten alle ukrainischen Glaubensgemeinschaften bisher unabhängig zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Land Stellung nehmen. Die Leitung der UOK erhielt auch durch ihre Zugehörigkeit zum Moskauer Patriarchat einen gewissen Freiraum im Dialog mit der ukrainischen politischen Führung. Der Konflikt mit Russland seit 2013/14 hat diese Unabhängigkeit der Kirchen allerdings in Frage gestellt. Eine der entscheidenden Herausforderungen des aktuellen Streits und der Etablierung der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) ist es darum, die bestehende religiöse Vielfalt zu schützen.

Eskalation 2018

Im Jahr 2018 haben sich die Ereignisse um die ukrainische kirchliche Unabhängigkeit – die Autokephalie – überstürzt. Im ersten Halbjahr hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gemeinsam mit dem Parlament den Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I, um die Gewährung der Autokephalie für die ukrainische Orthodoxie gebeten. Dies war eine deutliche Geste gegen Moskau im Sinne der weiteren Ablösung von jeglichen russischen Einflüssen. Nach dem bisher üblichen Verfahren wäre das Moskauer Patriarchat als Mutterkirche für die Frage der kirchlichen Unabhängigkeit zuständig.

Allerdings gibt es in der Weltorthodoxie kein anerkanntes einheitliches Verfahren zur Verleihung der Autokephalie. Diesen Interpretationsspielraum nutzte der

ökumenische Patriarch Bartholomäus, indem er nach langer Anerkennung der Moskauer Zuständigkeit im Sommer 2018 seine historische Rolle als Ehrenvorsitzender der orthodoxen Kirchen einsetzte, um sich der ukrainischen Frage anzunehmen. Für das Moskauer Patriarchat, das sich als größte orthodoxe Kirche seit vielen Jahren in einem Machtkampf mit Konstantinopel befindet, ist diese Einmischung eine grobe Verletzung der Grenzen seiner Zuständigkeit. Auf die Entsendung von zwei Vertretern des Patriarchats von Konstantinopel in die Ukraine im September 2018 und die Anerkennung der bisher als Schismatiker geltenden Bischöfe und Gläubigen als Rechtgläubige im Oktober 2018 reagierte das Moskauer Patriarchat darum mit einem einseitigen Abbruch der Kirchengemeinschaft. Die Stellungnahmen des Synods des Moskauer Patriarchats vom 15. Oktober 2018 und der UOK vom 13. November 2018 werfen Konstantinopel vor, eine Vertiefung der kirchlichen und gesellschaftlichen Spannung in der Ukraine zu betreiben, und unterstreichen, dass die bisher einzige anerkannte Kirche in der Ukraine keine Autokephalie gefordert hätte.

Am 15. Dezember 2018 wurde in der Sophienkathedrale in Kiew ein Konzil durchgeführt, welches als »Vereinigungs-Konzil« die drei orthodoxen Kirchen der Ukraine vereinen und eine neue Kirche begründen sollte. Im Präsidium des Konzils saßen der ukrainische Präsident, ein Vertreter des Ökumenischen Patriarchats und Vertreter der ukrainischen Kirchen. Allerdings war die UOK nur durch zwei Bischöfe (von insgesamt 90 Bischöfen in der Ukraine) vertreten, so dass nicht von einer tatsächlichen Vereinigung gesprochen werden kann. Die neu gegründete Orthodoxe Kirche der Ukraine wählte ihren Vorsitzenden, Metropolit Epiphanius; dieser hat am 6. Januar 2019 in Istanbul den Tomos über die Autokephalie erhalten. Die OKU ist damit offiziell eine der 15 anerkannten unabhängigen orthodoxen Kirchen in der Welt. Die ROK und die UOK weigern sich, sie als solche anzuerkennen. Ob sich der Konflikt in den kommenden Monaten verschärfen und eine tatsächliche Kirchenspaltung entstehen wird, hängt maßgeblich von der Anerkennung oder Ablehnung der neuen Kirche durch die anderen orthodoxen Kirchen ab. Dieser Prozess kann jedoch mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte dauern.

Kein neuer Konflikt

Bereits im 16. Jahrhundert wurde die orthodoxe Kirche auf dem Gebiet der Ukraine für verschiedene konfessionelle Konstruktionen genutzt, die Fragmentierung ihrer Geschichte erlaubt es kirchlichen Ideologen bis heute, bestimmte historische Momente als Argumente für den nationalen oder kanonischen Charakter ihrer Kirche einzusetzen. In der religiösen Geschichte der

Ukraine waren nicht nur der Einfluss (und die Konflikte) Roms und Konstantinopels prägend, sondern auch das Entstehen eines dritten Zentrums mit Machtanspruch: Moskau. Die Grenzkonflikte zwischen diesen drei religiösen Machtzentren und die wechselnde, erzwungene oder selbst gewählte Zugehörigkeit der Menschen zu der einen oder anderen Kirche waren entscheidend für das religiöse Selbstverständnis auf dem Gebiet der Ukraine.

Die Frage der Unabhängigkeit einer orthodoxen Kirche in der Ukraine stand bereits auf der Agenda des Landeskonzils der Russischen Orthodoxen Kirche 1917/18. Anschließend gab es Versuche von ukrainischen Nationalisten, eigenständig während des Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs die Autokephalie auszurufen. Schließlich erwachte der Wunsch nach kirchlicher Eigenständigkeit wieder am Beginn der 1990er Jahre mit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine.

Der Konflikt zwischen dem damaligen Metropoliten Filaret (Denisenko) und der Moskauer Kirchenleitung in den 1990er Jahren führte zur Abspaltung der sogenannten Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats. Keine andere Kirche erkannte diese an, Millionen Gläubige waren seitdem von der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen, obwohl es keinen Dissens in der Glaubenslehre gab. Und dennoch, selbst 25 Jahre nach diesem Konflikt haben weder die Kirchenrechtler noch die kirchlichen Diplomaten der russischen Kirche Wege gefunden, die ukrainische Frage umfassend zu diskutieren und einen Konsens zur Zukunft der Kirche in der Ukraine zu erreichen. Dabei wäre es durchaus denkbar gewesen, mit Zustimmung Moskaus ein Modell zu entwickeln, welches der Ukraine eine autokephale Kirche gegeben und eine eigene Strategie zur Gestaltung der Orthodoxie in der Ukraine zugelassen hätte.

Die Tatenlosigkeit Moskaus stand im Kontrast zur Entwicklung in der Ukraine selbst. Die Orthodoxe Kirche in der Ukraine war gespalten, Skandale und Streitigkeiten schwächten ihre Glaubwürdigkeit als soziale Institution, Familien zerbrachen aufgrund der Konflikte zwischen den gewählten Kirchen. Die Nichtanerkennung von Taufen hat nicht nur zu unmenschlichen Situationen in Kirchengemeinden geführt, sondern auch das kirchliche Bewusstsein der Gläubigen nachhaltig untergraben. Anfeindungen prägten die Beziehung zu »den Anderen« und wurden durch die kirchliche Presse und Leitung angeheizt, so dass sie auch das gesellschaftliche Miteinander negativ beeinflussten.

Viele Gläubige in der Ukraine hatten dabei keine klare Meinung für oder gegen die Autokephalie. Für sie ist vielmehr entscheidend, wie sich ihre konkrete Gemeinde und der Ortspriester verhalten. Allerdings haben die »Revolution der Würde« 2013/14, der seit 2014 anhaltende Krieg in der Ostukraine sowie die Annexion

der Halbinsel Krim nachhaltig das ukrainische Selbstbewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung gestärkt. Während sich die Mehrheit der Ukrainerinnen und Ukrainer vorher konfliktfrei mit der UOK identifizieren konnten, ist die Zugehörigkeit zu einer Kirche, die mit Moskau assoziiert wird, eine zunehmende Herausforderung für die Gläubigen geworden. Das Moskauer Patriarchat, aber auch die UOK ignorieren allerdings dieses ukrainische Selbstbewusstsein unter den Gläubigen konsequent und verlieren damit ihre Glaubwürdigkeit.

Entgrenzung von Politik und Kirche?

Schließlich ist auch für die ukrainische Politik die Frage nach einer einigen und unabhängigen ukrainischen Kirche nicht neu. Die Kirchenfrage erscheint als Möglichkeit, die ukrainische Gesellschaft in all ihren verschiedenen Erinnerungs- und nationalen Konzepten zu vereinen. Die scheinbare Spaltung zwischen Ost und West sowie zwischen einer »russischen« und einer »ukrainischen« Kirche werden als Gefahr für die nationale Einheit und Faktor potentieller Destabilisierung wahrgenommen. Auch die nationalen Sicherheitsstrategien charakterisieren die kirchliche Spaltung als Gefahr für die Existenz des Landes; entsprechend wird die Überwindung dieser Situation als wichtige Aufgabe der staatlichen Macht beschrieben. Alle Präsidenten der Ukraine nach 1991 sprachen darum von der Notwendigkeit einer Vereinigung der gespaltenen Kirche, und von verschiedenen Kommissionen wurden verschiedene Modelle besprochen.

Allerdings ist all diesen Bestrebungen gemeinsam, die Kirche lediglich als Mittel zur Lösung politischer Probleme und Erhöhung der eigenen Wählerunterstützung zu instrumentalisieren. Auch das im Dezember 2018 stattgefundenen Konzil zeigte überdeutlich, dass die politische Führung der Ukraine der Kirche den Platz einer integrativen Ideologie zuweist: Als »Kirche ohne Putin (...) ohne Gift aus Moskau (...) ohne Gebet für die russische Armee« (Petro Poroschenko bei der öffentlichen Bekanntgabe des neuen Kirchenoberhauptes in Kiew am 15.12.2018). In diesem Kontext ist auch das am 20.12.2018 erlassene Gesetz zur Umbenennung religiöser Organisationen zu verstehen, das von der UOK eine klare Benennung der Zugehörigkeit zu Moskau fordert. Die Definition der Kirche über politische und nationale Abgrenzungen oder Zugehörigkeiten wird allerdings weder den Gläubigen der UOK, noch den Gläubigen der neuen OKU gerecht. Besonders diese politische Verstrickung und die Ignoranz der ukrainischen Identität der Gläubigen durch Moskau und Kiew verfestigt voraussichtlich für lange Zeit die Existenz von zwei orthodoxen Kirchen im Land, mit der einzigen Änderung, dass nun beide die Anerkennung durch das ökumeni-

sche Patriarchat genießen. Da sie sich jedoch gegenseitig nicht anerkennen und nicht ohne Grund der politischen Instrumentalisierung beschuldigen, wird es die Einheit der ukrainischen Gesellschaft kurzfristig eher gefährden als befördern.

So legt die enge Verknüpfung der aktuellen Bestrebungen nach einer unabhängigen ukrainischen Kirche mit der politischen Wahlkampfagenda Petro Poroschenkos der neuen Kirche ein problematisches Erbe in die Wiege. In der Orthodoxie selbst wird das Prinzip »eine Nation – eine nationale autokephale Kirche« zunehmend in Frage gestellt, da es offensichtlich nicht dem Wesen der Kirche entspricht, gleichzeitig jedoch nationalistische Stimmungen schürt. Der Wunsch der ukrainischen Gesellschaft nach Selbstbestimmung und einer mehr als symbolischen Abnabelung vom imperialen Anspruch Russlands ist nachvollziehbar, birgt aber immer auch die Gefahr nationalistischer Extreme. Für die neue Kirche wird es darum eine bleibende Herausforderung sein, sich von jeglicher politischen Instrumentalisierung glaubwürdig zu distanzieren, gerade weil sie im Zuge politischer Abgrenzungsprozesse entstanden ist.

Für die weitere innerukrainische Entwicklung wird entscheidend sein, wie viele Gläubige, Priester und Bischöfe der UOK sich der neuen Kirche anschließen. Die Entstehung von zwei etwa gleich großen kirchlichen Strukturen in einem Land wäre nicht einmalig, bleibt jedoch eine Anomalie im orthodoxen Kirchenverständnis. Neben kirchenrechtlichen und pastoralen Fragen ist gerade im Fall der Ukraine auch das Thema des symbolischen Kapitals zentral. Die legendäre Annahme des orthodoxen Christentums durch Fürst Valdimir im Jahr 988 im Dnjepr ist als »Taufe der Rus'« Gründungsmythos des russischen – orthodoxen – Imperiums. Die Idee der »Russischen Welt«, mit der Russlands Präsident Putin den Einfluss Russlands jenseits der eigenen Grenzen legitimiert, basiert auf dem kirchlichen Konzept der »Heiligen Rus'«. Die Tatsache, dass mit einer unabhängigen ukrainischen orthodoxen Kirche diese Erzählung nicht mehr so einfach politisch instrumentalisierbar ist, erklärt sicher auch die radikale Reaktion des Moskauer Patriarchats: Die russische Kirche verliert mit dieser Entwicklung eine wichtige Verankerung in der aktuellen gesellschaftspolitischen Landschaft Russlands.

Für die ukrainischen Gläubigen besteht die Chance, die Identität der »Kiewer Rus'« nun selbst neu zu gestalten und sich als eigene Tradition theologisch, kulturell und gesellschaftlich anzueignen. Konstruktive Bestrebungen dafür lassen sich etwa im Umfeld der Offenen Orthodoxen Universität in Kiew beobachten. Die ukrainische Geschichte religiöser Pluralität bietet die Chance, neue Wege der gesellschaftlichen Versöhnung zu finden. In diesem Kontext ist auch eine Verstärkung des kultu-

rellen und sozialen Einflusses der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche möglich, die sich konsequent als authentischste und ungebrochene Trägerin der ukrainischen orthodoxen Tradition positioniert. Mit

der Entstehung von drei kirchlichen Strukturen im gleichen Land, die diesen historischen Schlüsselmoment unterschiedlich interpretieren und in Anspruch nehmen, kann neuer Konfliktstoff entstehen.

Über die Autorinnen

Dr. *Nadezhda Beljakova* (geb. 1980) ist russische Kirchenhistorikerin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Religions- und Kirchengeschichte am Institut für Weltgeschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau) sowie als Assistenzprofessorin am Lehrstuhl für Theologie der Nationalen Nuklear-Universität MEPhI.

Dr. *Regina Elsner* (geb. 1979) ist katholische Theologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin.

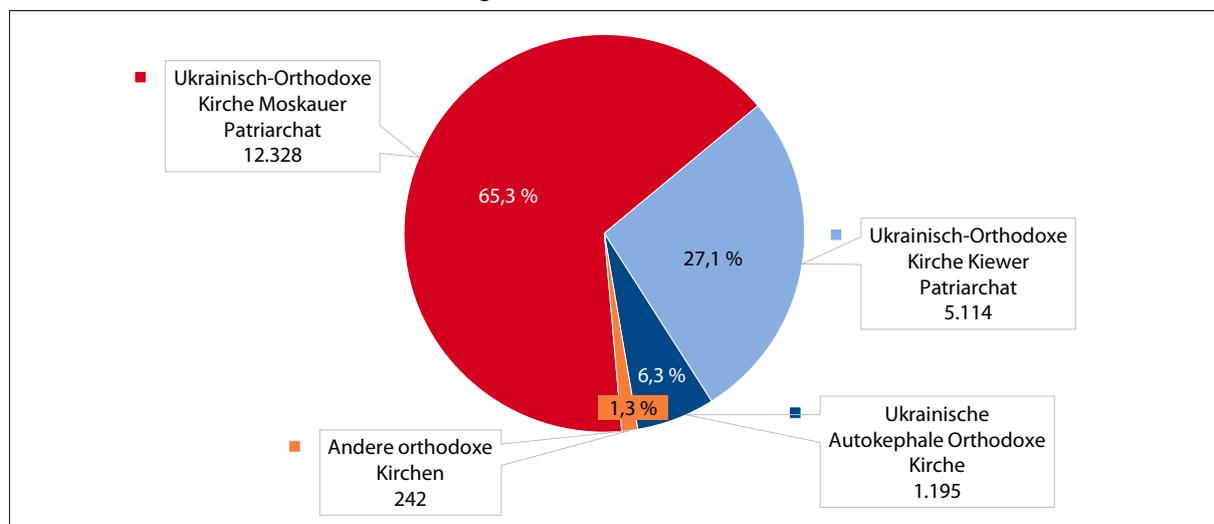
Lesetipps

- Martin-Paul Bucholz: Die Autokephaliebestrebung als Spiegelbild des Kampfs um die Unabhängigkeit von Russland. Ukraine-Analysen Nr. 207, 26.10.2018, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen207.pdf>.
- Thomas Bremer: Konflikt der Patriarchen. Über Orthodoxie und Autokephalie. Zeitschrift Osteuropa 8–9/2018, 99–108, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2018/8-9/konflikt-der-patriarchen/>.
- Alfons Brüning: »Einfach orthodox?« Ukraine: die Gläubigen und die Gesellschaft. Zeitschrift Osteuropa 8–9/2018, 119–138.
- Andrii Krawchuk/Thomas Bremer (Hrsg.): Churches in the Ukrainian Crisis. Palgrave Macmillan 2016.

STATISTIK

Anzahl der orthodoxen Kirchengemeinden in der Ukraine

Grafik 1: Anzahl der orthodoxen Kirchengemeinden in der Ukraine (Stand 2017)



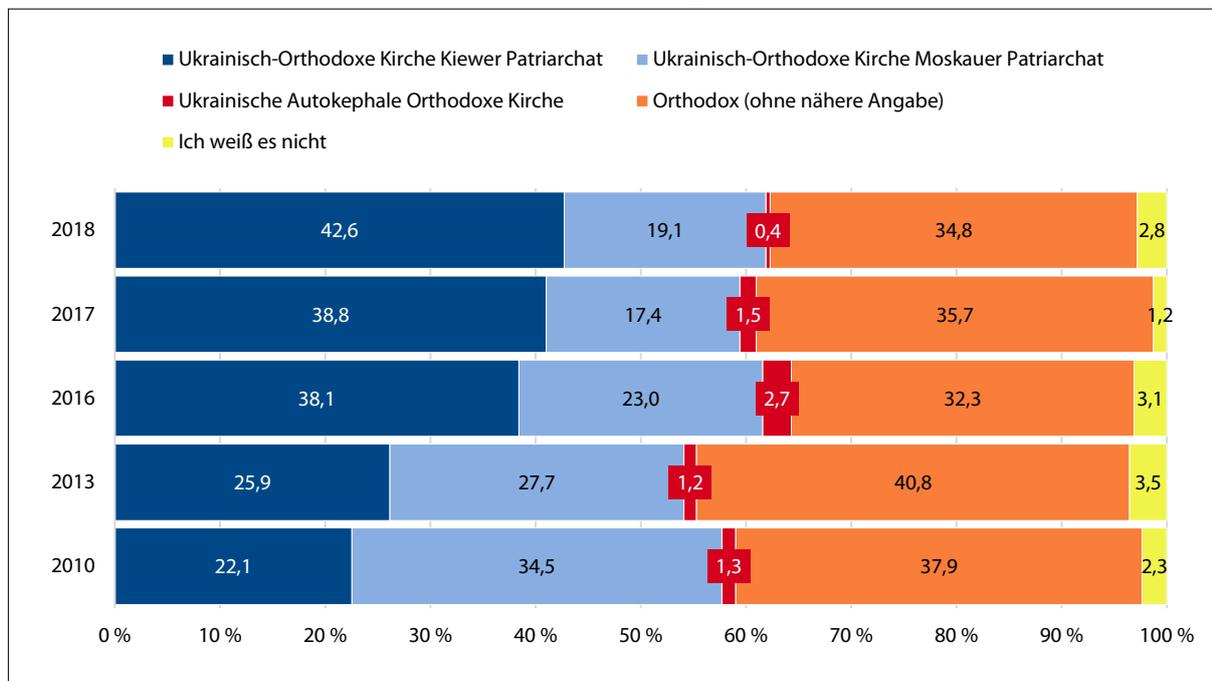
Gesamtzahl der orthodoxen Kirchengemeinden: 18.879

Quelle: Ministerium für Kultur der Ukraine, Anordnung Nr. 260 vom 29.03.2017, http://www.irs.in.ua/index.php?option=com_content&view=article&id=1829%3A1&catid=51%3Astats&Itemid=79&lang=ru

UMFRAGE

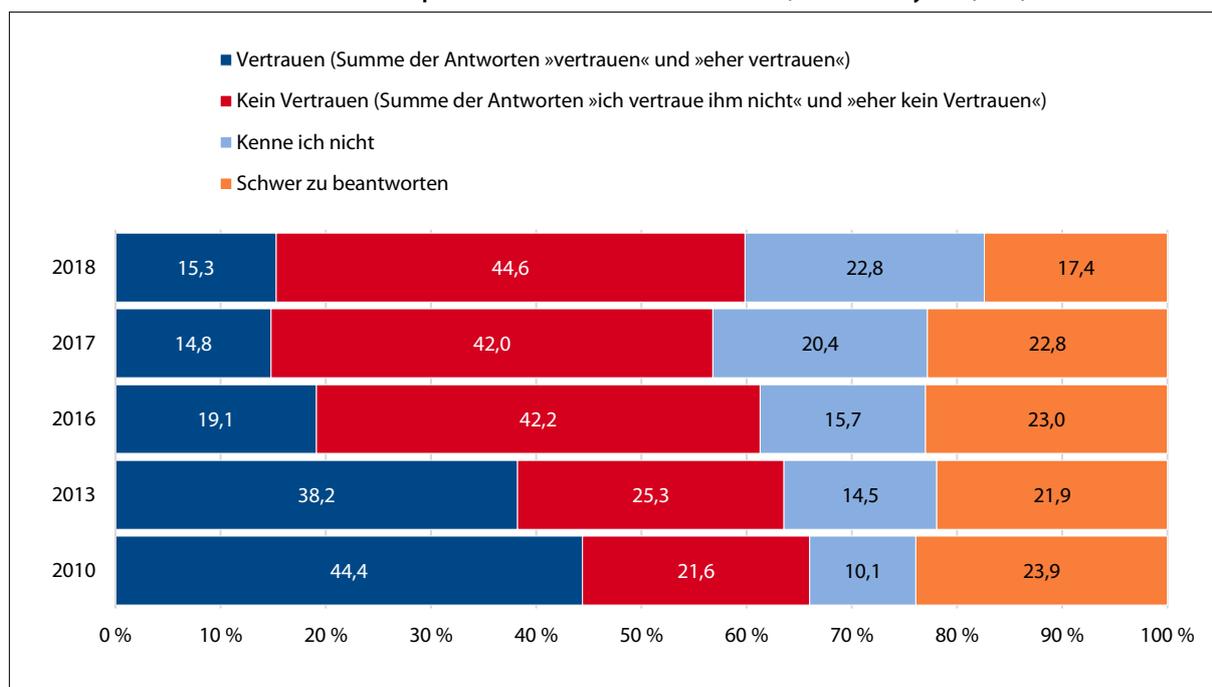
Meinung zur Kirchenspaltung: die ukrainische Perspektive

Grafik 1: Zu welcher Kirche zählen Sie sich? (Anteil der Gläubigen, die sich als orthodox bezeichnen, in %)



Quelle: Razumkov-Zentrum, Merkmale der religiösen und kirchlichen Selbsteinschätzungen der Ukrainer, Trends 2010–2018, S. 16, http://razumkov.org.ua/uploads/article/2018_Religiya.pdf

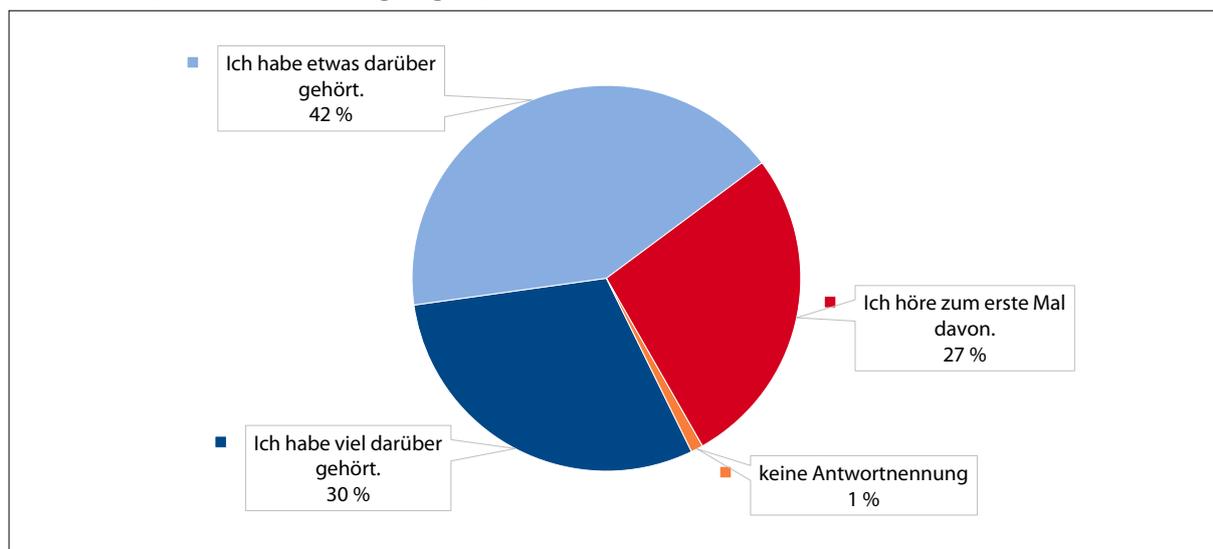
Grafik 2: Vertrauen in das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I (in %)



Quelle: Razumkov-Zentrum, Merkmale der religiösen und kirchlichen Selbsteinschätzungen der Ukrainer, Trends 2010–2018, S. 8, http://razumkov.org.ua/uploads/article/2018_Religiya.pdf

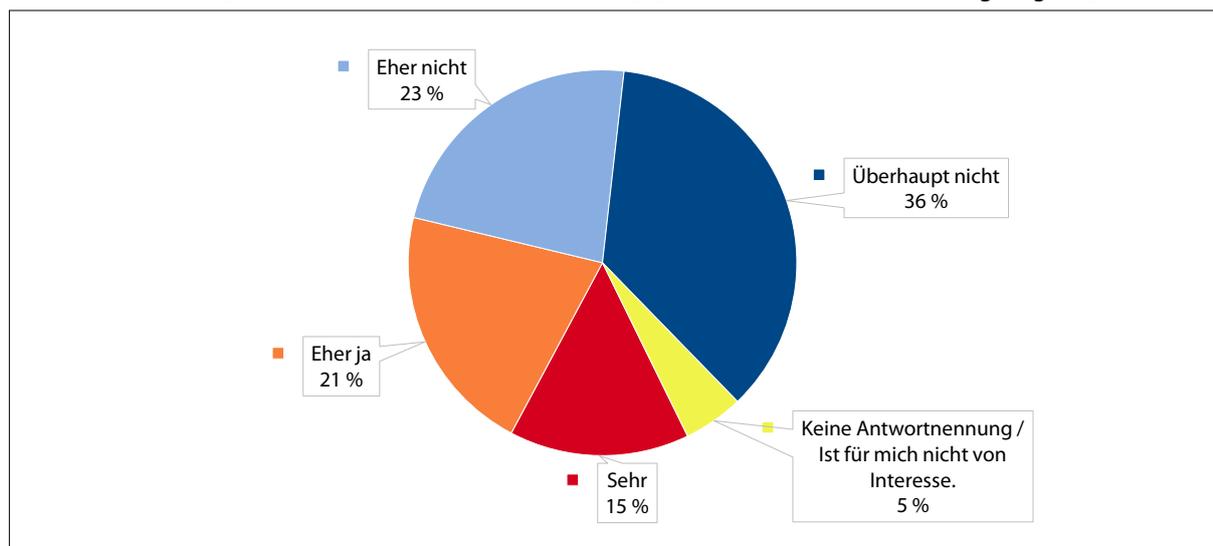
Meinung zur Kirchenspaltung: die russische Perspektive

Grafik 1: Haben Sie etwas von der Abspaltung der Orthodoxen Kirche in der Ukraine gehört? (Eine Antwortnennung möglich)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22. – 28. November 2018, <https://www.levada.ru/2018/12/10/19475/>, veröffentlicht am 10. Dezember 2018

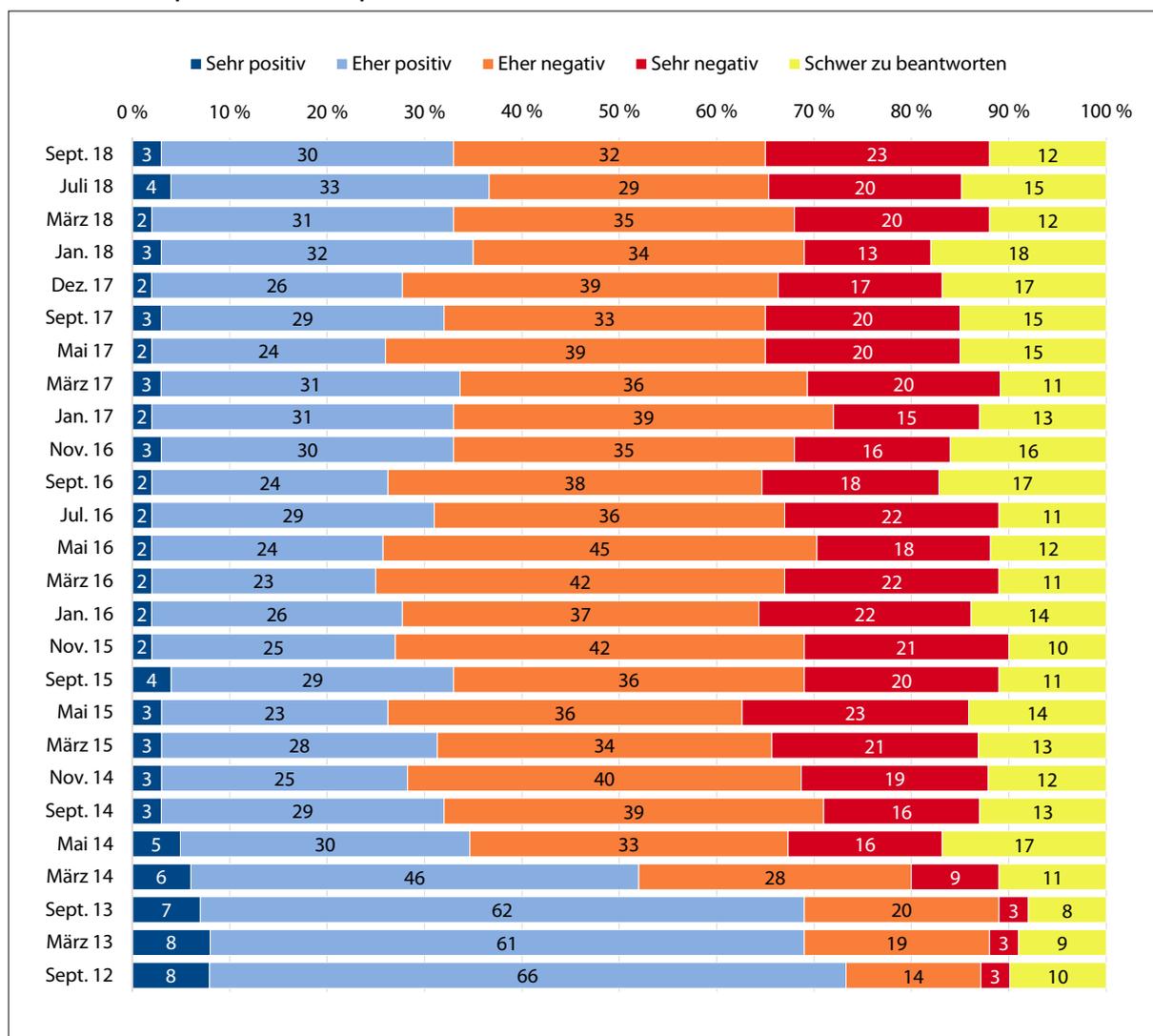
Grafik 2: Machen Sie sich Sorgen über die Abspaltung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche vom Moskauer Patriarchat (von der Russischen Orthodoxen Kirche)? (Mehr als eine Antwortnennung möglich.)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22. – 28. November 2018, <https://www.levada.ru/2018/12/10/19475/>, veröffentlicht am 10. Dezember 2018

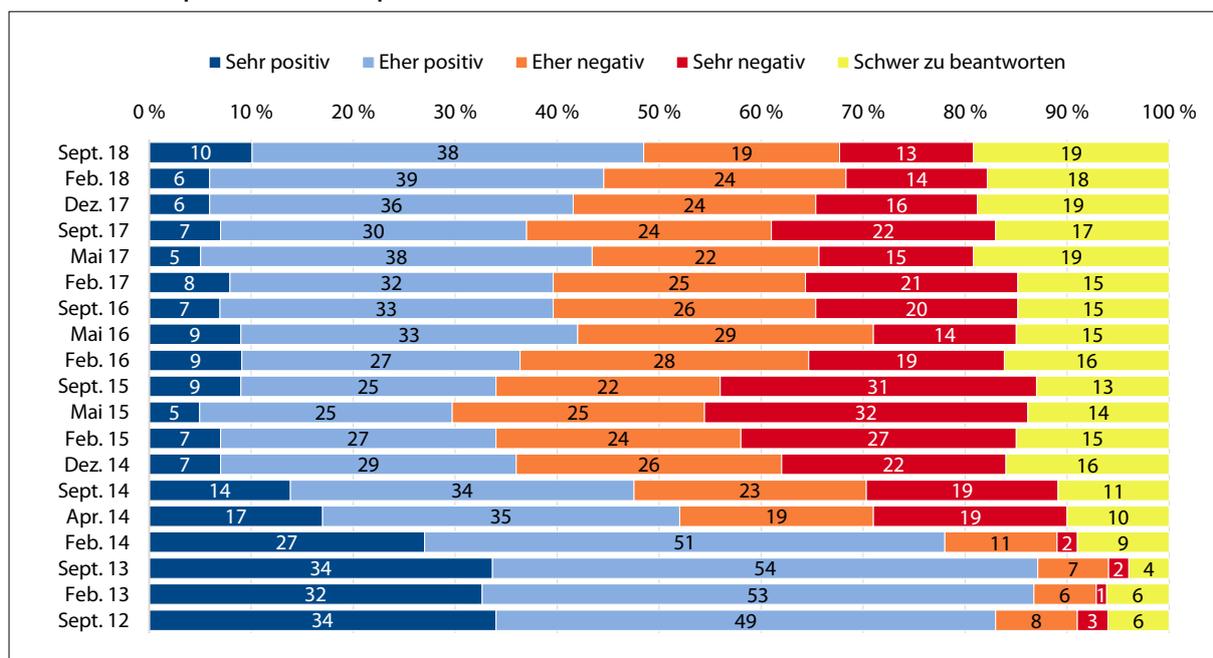
Die ukrainisch-russischen Beziehungen

Grafik 1: Wie stehen Sie im Allgemeinen zur Ukraine? Umfragen unter der russischen Bevölkerung (September 2012 – September 2018, %)



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom September 2012 bis zum 20. – 26. September 2018, <https://www.levada.ru/2018/10/10/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-4/>, veröffentlicht am 10. Oktober 2018

Grafik 2: Wie stehen Sie im Allgemeinen zu Russland? Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung (September 2012 – September 2018, %)



Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie von September 2012 bis zum 8. – 23. September 2018, <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=795&page=1>

DEKODER

Unreformierbar

Wladislaw Inosemzew (Sobesednik)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Wladislaw Inosemzew erschien ursprünglich am 13.09.2018 in der Zeitung Sobesednik und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

Russlands Wirtschaft setzt auf Gas – und sonst? Kritiker mahnen schon lange Reformen an. Der Ökonom und Publizist Wladislaw Inosemzew begründet auf Sobesednik, warum es in absehbarer Zeit keine geben wird.

Warum alles bleibt, wie es ist

Liberalen Reformen sind in Russland nicht möglich. Denn der Anteil derjenigen Menschen, die bewusst gegen die Einführung solcher Reformen sind, ist zu groß. Wobei sich sowohl deren Anzahl als auch ihre Stellung in den 2000er und in den Folgejahren stark verändert hat.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Beamten. Ihre Zahl hat sich von 1999 bis 2017 beinahe verdoppelt,

und zwar von 780.000 auf 1,37 Millionen. Der zunehmende Wohlstand in der Bevölkerung sowie die verbesserten Haushaltsmöglichkeiten – dank gestiegener Weltmarktpreise für russische Rohstoffprodukte – ließen den Lebensstandard dieser Bevölkerungsgruppe sprunghaft ansteigen.

Rechnet man noch die Freunde und Verwandten dieser Glücklichen hinzu, so kann mit Sicherheit gesagt werden, dass mindestens drei Millionen Menschen von

der heutigen Ordnung profitieren und keine Veränderungen wünschen.

Millionen Menschen wünschen keine Veränderungen

Neben der Masse von Beamten gibt es noch die *Silowiki*. Nicht nur, dass diese Gruppe der russischen Bevölkerung zum größten Teil nicht zur wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung des Landes beiträgt, sie stört diese sogar. Um ihre Existenz aufrecht zu erhalten, führen sie immer neue Beschränkungen ein. Deren Überwachung sichert ihren Lohn, die Sanktionierungen bei Nichteinhaltung garantieren korrupten Gewinn.

Die Zahl derer, die in diesen Strukturen beschäftigt sind, übersteigt die in Industrieländern bei weitem: Der FBI und das CIA verfügen nur über ein Drittel der Beschäftigten wie der FSB. Auch der Zustrom an Leuten ist in diesem Bereich so groß wie nie. In der Folge wollen nicht weniger als vier Millionen Menschen, die dieser Gruppe angehören (inklusive Militär), und ebenso viele Familienmitglieder überhaupt keine Veränderungen.

Diese Zahlen mögen vielleicht nicht ganz genau sein, aber in der letzten Zeit gibt es einen sehr interessanten neuen indirekten Indikator: Gemäß eines neuen Programms sind eigene russische Betriebssysteme für Smartphones in Zukunft obligatorisch für 7,9 Millionen Mitarbeitende staatlicher Organe, staatlich finanzierter Einrichtungen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung.

Anders ausgedrückt: Geht man in Russland von 72,4 Millionen Beschäftigten aus, so beträgt der Anteil an »verantwortungsvollen Staatsdienern« mehr als elf Prozent. Rechnet man noch die Familienmitglieder dieser Personengruppe hinzu, so kommt man auf 17 bis 18 Prozent der aktiven Bevölkerung.

Zum Vergleich: In den USA beträgt die Zahl der Angestellten aller staatlichen Einrichtungen, inklusive Personal des nationalen Sicherheitsdienstes und des FBI, 1,86 Millionen Menschen, was 1,21 Prozent der Gesamtbeschäftigten entspricht.

Hunderttausende stünden auf der Straße

Im Zuge von Reformen – sollten denn welche in Angriff genommen werden – würden diese Leute ihre Stelle verlieren und müssten in die Wirtschaft eingegliedert werden, wo die Mehrheit von ihnen unter normalen Umständen nicht gebraucht wird. So wurden beispielsweise in Georgien, als Saakaschwili die Reformen eingeleitet hatte, praktisch alle Angestellten der Polizei entlassen. In den baltischen Staaten betrug der Stellenabbau im Zuge der Reformen zwischen 65 und 80 Prozent. In Russland würden sich also in einer gleichen Situation

700.000 bis 900.000 Leute auf der Straße wiederfinden. Was würden wir mit ihnen anfangen, und welche Auswirkungen hätte das auf die Bevölkerung? Und eine noch wichtigere Frage: Wie will man die Hälfte oder ein Drittel der bisher Beschäftigten bei einer Umstrukturierung des Innenministeriums denn bitteschön ersetzen?

Gerade in dieser unglaublich aufgeblasenen Schicht von »Verwaltungsbeamten« und »Sicherheitsspezialisten« liegt der eigentliche Grund, warum Reformen in Russland nicht durchgeführt werden können. Dieses böartige Geschwür, entstanden durch ein energiegeladenes Karzinogen der 2000er Jahre, ist inoperabel. Man kann sein Wachstum mit Maßnahmen analog zu Bestrahlung oder Chemotherapie bremsen. Das Geschwür zu entfernen hätte jedoch den Tod des Patienten zur Folge.

Im postsowjetischen Raum können heute zwei Entwicklungswege beobachtet werden: Der erste ist relativ revolutionär und dort möglich, wo Sicherheits- und bürokratische Strukturen nicht nur schwach sind, sondern auch keinen kritischen sozialen Einfluss haben.

Warum, beispielsweise, glückten in Georgien oder Armenien ziemlich radikale Umsturzversuche der bisherigen Systeme? Hauptsächlich deshalb, weil die Bürokratie einerseits schwach war (wie in Georgien) oder andererseits die Wirtschaft nicht grundlegend kontrolliert hat (wie in Armenien, wo das russische Kapital eine außerordentlich starke Stellung hatte). Außerdem waren die Sicherheitsstrukturen verhältnismäßig schwach (am Vorabend der April-Proteste in Jerewan betrug die Anzahl armenischer Polizisten ungefähr 10.000 Leute). In solchen Situationen kann es zu einem Machtwechsel kommen, können die (unter den früheren Hausherrn) verantwortlichen Staatsbeamten sowie die Sicherheitsleute davongejagt und recht problemlos neue Staatsorgane mit qualifizierterem Personal aufgebaut werden, was recht gute Perspektiven schafft.

Übles »Geschwür« aus Beamten und *Silowiki*

Der zweite, konservativere Weg ist charakteristisch für Gesellschaften mit einer völligen Verflechtung von Wirtschaft und Staat (wie Russland oder die Ukraine), wo auch wesentliche Erschütterungen zu keiner bedeutenden Säuberung der Bürokratie- und Machtsphäre führen. Nach einer relativ kurzen Normalisierungsphase wie in der Ukraine nach der Revolution der Würde oder einer längeren Phase wie in Russland in den 1990er Jahren gelangt in solchen Ländern das üble und nutzlose »Geschwür« aus Beamten und *Silowiki* zu seiner alten Größe zurück. Und diese Tendenz kann nicht abgewendet werden.

Während der vergangenen 20 Jahre hat sich in Russland ein System herausgebildet, von dem anzunehmen ist, dass die, die an die Macht kommen oder in Sicherheitsstrukturen tätig sind, nur von materiellem Eigenwitz getrieben sind (der Alltag lässt zumindest auf nichts anderes schließen). Ernsthaftige Reformen hätten also die Entlassung von drei bis vier Millionen Menschen aus den entsprechenden Strukturen zur Folge, die durch mindestens zwei Millionen ersetzt werden müssten, die vorher noch nie etwas mit Bürokratie zu tun hatten.

Ein solches »Manöver« ist technisch unmöglich, und daher erweisen sich Reformen im heutigen Russland als unrealistisch. Schaut man auf die Zerschlagung des

zaristischen russischen Staatsapparates durch die Bolschewiki zurück, so mag man sich an den gezahlten Preis erinnern: Eine Elite von nicht weniger als drei Millionen Menschen wurde ausgelöscht (physisch und aus dem Land vertrieben), und über einen Zeitraum von nicht weniger als 20 Jahren hat sich eine neue Verwaltungsschicht herausgebildet. Ein solches Experiment kann Russland heute nicht wiederholen. Und das bedeutet, dass Hoffnungen auf baldige und radikale Umwälzungen eine Illusion bleiben.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Susanne Raschle*

Über den Autor

Wladislaw Inosemzew (*1968) ist Wirtschaftswissenschaftler und Publizist. Ausgebildet an der renommierten Moskauer Lomonossow-Universität, war er unter anderem bis 2003 im Vorstand der Moskauer-Pariser Bank tätig. Er betätigte sich ab 2010 in der politischen Opposition bei der Partei »Prawoje delo« (dt. »Die Rechte Sache«), ist aber auch Mitglied mehrerer offizieller Beratungsorgane – etwa dem »Russischen Rat für Internationale Beziehungen«. Inosemzew schreibt regelmäßig für Zeitungen und Internetmagazine, u. a. »Vedomosti«, »Slon« und »The New Times«.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://sobesednik.ru/politika/20180911-sovremennuyu-rossiyu-reformirovat-nevozmozhno>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/beamte-silowiki-reformen-inosemzew>.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Sobesednik und Wladislaw Inosemzew für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

RATING

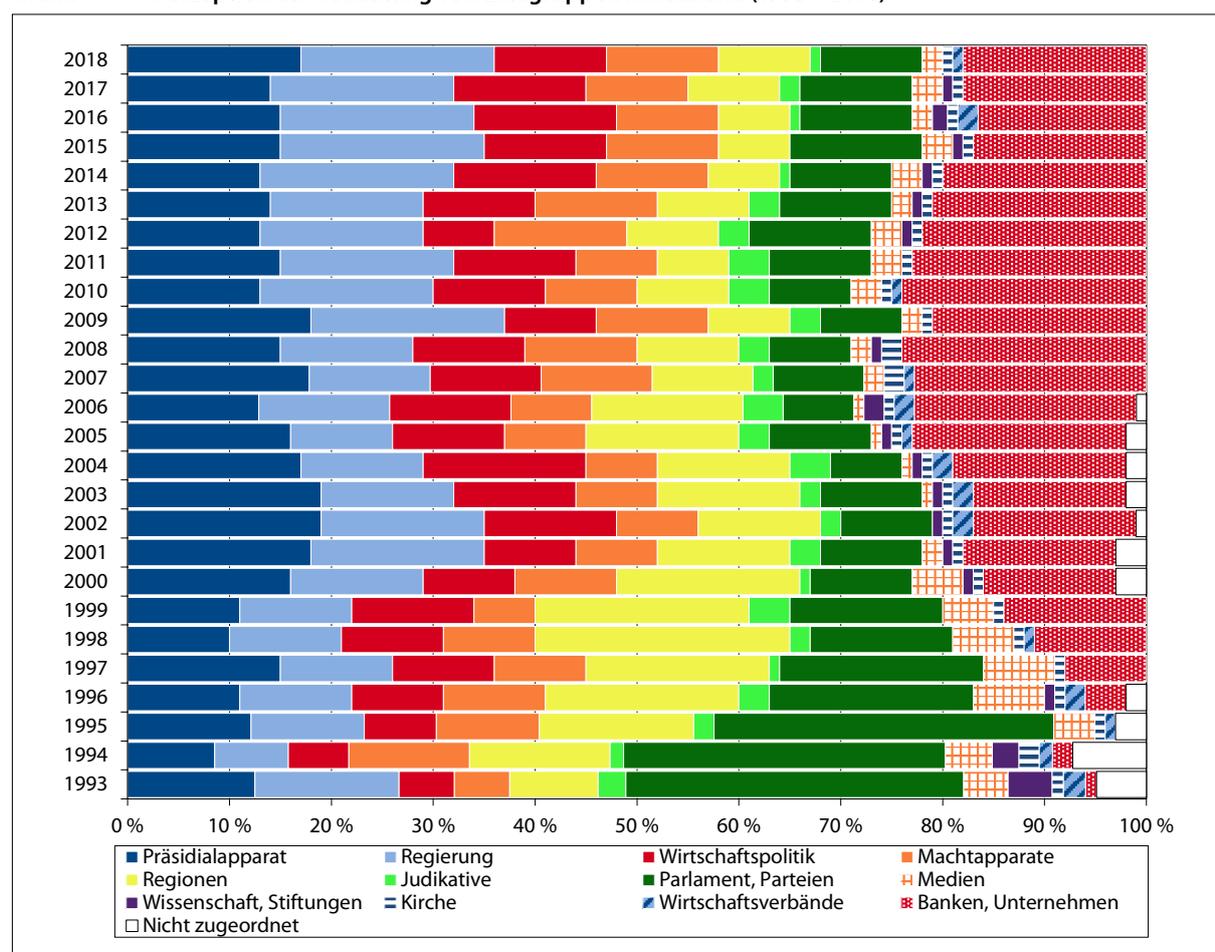
Die politische Elite im Jahr 2018

Zur Bedeutung des Ranking

Das Ranking, das die »Nesawisimaja gaseta« monatlich publiziert und dann einmal im Jahr zusammenfasst, misst nicht reale Macht. Es gibt Einschätzungen der befragten Politiker und Experten wieder. Dokumentiert werden also Perzeptionen politischer »Wichtigkeit«, die Führungselite wird über einen Reputationsansatz identifiziert, nicht aufgrund der Position oder des – ohnehin nur sehr schwer messbaren – Einflusses auf Entscheidungsprozesse.

Die Rankings, die erstmal 1993 publiziert wurden, geben also die Wahrnehmungen der politischen Klasse wieder und erlauben – mit der gebührenden Vorsicht – Rückschlüsse auf die Entwicklung des politischen Systems. Gruppiert man die Politiker nach ihren Funktionen, dann wird deutlich, dass sich die Gewichte innerhalb der Führungsebene durchaus verschieben können – am deutlichsten zwischen 1993 und 1999 –, dass sich aber seit dem Amtsantritt Putins als Präsident im Jahr 2000 eine stabile Mehrheit von Vertretern der Exekutive (Präsidentialadministration, Regierung, Wirtschaftspolitiker, Machtapparate) herausgebildet hat. Die zweitwichtigste Gruppe sind die Wirtschaftsakteure, die staatliche oder private Großunternehmen und Banken leiten. Es ist diese Partnerschaft von Exekutive und Kapital, die die politische Realität Russlands seit 18 Jahren bestimmt.

Grafik 1: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Russland (1993 – 2018)



Quelle: Alljährliche Ratings in der Nesawisimaja Gasete, zuletzt: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2018 godu, in: Nesawisimaja Gasete, 10. Januar 2019 http://www.ng.ru/ideas/2019-01-09/7_7477_ideas.html, 10. Januar 2019.

Während sich das Verhältnis zwischen den Elitengruppen seit 2000 nur unwesentlich verschiebt (Ausnahme ist allein das Krisenjahr 2009) und sich eine Konsolidierung der oberen 20 Ränge, wie in den Jahren zuvor, vollzieht, gibt es bei einzelnen Elitenvertretern durchaus Wechsel, die sich 2018 um die Präsidentschaftswahlen herum gestaltet haben.

Neue Führungspersönlichkeiten wurden u. a. aus der Exekutiven (Maksim Oreschkin (39), Maksim Akimow (41)) und den Sicherheitsorganen (Ewgenij Sinitschew (47)) rekrutiert. Die Sicherheitsorgane sind nach wie vor mit starken, Einfluss nehmenden Akteuren im Ranking vertreten, wie Sergej Schojgu (4), dem Direktor des FSB Alexandr Bortnikow (8), dem Sekretär des Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew (18), Wiktor Solotow (25) oder dem Innenminister Wladimir Kolokolzew (30). Was sich aus diesen Angaben auch dieses Jahr aufs Neue ablesen lässt, ist eine Konsolidierung des Vorrangs der Präsidialadministration, des unmittelbaren Einflussbereichs des Präsidenten und der Sicherheitsorgane, aber auch ein Generationswechsel. Die Weggefährten Putins aus den Transformationsjahren werden durch eine jüngere Generation abgelöst, die eher einen technokratischen Zugriff haben. Herrschaft wird damit wahrscheinlich effizienter. Ob diese Generation (zu der auch viele der neuernannten Gouverneure gehören) gewillt und in der Lage ist, die anstehenden Strukturreformen in Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen, steht abzuwarten.

Hauptvertreter der parlamentarischen Opposition, wie Gennadij Sjuganow oder Wladimir Schirinowskij, spielen kaum eine Rolle und tauchen nicht unter den 50 einflussreichsten politischen Akteuren in Russland 2018 auf, sondern befinden sich auf den Rängen dahinter. Politische Eliten der außerparlamentarischen Opposition und von Protestbewegungen wurden im Ranking zur Wahl gestellt, schafften es jedoch nicht in das Ranking aufgenommen zu werden.

Aus den Top 50 schieden Igor Schuwalow und Arkadij Dworkowitsch, die beide seit Mai 2018 ihr Amt wechselten. Sie nahmen den höchsten Platzverlust im Ranking hin. Der ehemalige Erste Stellvertretende Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschafts- und Finanzpolitik übernahm im Mai 2018 den Vorsitz der Wneschekonombank und der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschafts- und Finanzfragen hat u. a. nun das Amt des Präsidenten der Internationalen Schachföderation inne.

Zur Methodik

Ermittelt wird das Ranking durch die Befragung von Politikern bzw. Politikexperten (monatlich schwankend zwischen 24 und 27), die eine Liste ausgewählter Akteure auf einer 10-Punkte-Skala bewerten. Sie können auch ihrerseits Personen benennen, die dann der Liste hinzugefügt werden. Die Auswahl beschränkt sich nicht auf Inhaber von Regierungsämtern, Abgeordnete und Parteipolitiker, sie bezieht auch Regionalvertreter, Juristen, Medienvertreter, Kirchenleute und Wirtschaftsakteure mit ein. Aus den Punktwertungen werden Durchschnittswerte ermittelt. Die Punktzahl entscheidet über den Platz im Ranking. Am Ende des Jahres werden aus den Monatsrankings Durchschnittswerte ermittelt, aus denen sich dann das Jahresranking der »100 führenden Politiker« ergibt. Hier abgebildet sind Vertreter politischer Eliten der Plätze 1 bis 20 mit sehr hohem Einfluss und der Plätze 21 bis 50 mit hohem Einfluss.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2018 im Vergleich zu den Vorjahren

Name	Funktion	Position im Ranking			
		2018	2017	2016	2015
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	1	1	1
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	2	2	2
Wajno, Anton	Leiter der Präsidialadministration (seit August 2016)	3	3	12	40
Schojgu, Sergej	Verteidigungsminister	4	5	3	6
Kirijenko, Sergej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration (zuständig für innenpolitische Entwicklung und Gesellschaft)	5	6	47	67
Setschin, Igor	Präsident des staatlichen Energiekonzerns »Rosneft«. Gilt als führender »Silowik« (Angehöriger der »Machtorgane«, d. h. Militär, Polizei und Geheimdienste)	6	4	7	7
Siluanow, Anton	Finanzminister	7	9	9	11
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	8	10	10	8
Tschemesow, Sergej	Generaldirektor des staatlichen Rüstungs- und Technologiekonzerns »Rostech«	9	14	21	22
Lawrow, Sergej	Außenminister	10	8	5	4

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2018 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking			
		2018	2017	2016	2015
Peskow, Dmitrij	Pressesekretär des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	11	11	13	9
Wolodin, Wjatscheslaw	Vorsitzender der Staatsduma; bis Oktober 2016 Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	12	7	4	5
Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees der Russischen Föderation	13	15	17	13
Nabiullina, Elwira	Vorstandsvorsitzende der Zentralbank der Russischen Föderation	14	13	11	16
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister der Stadt Moskau	15	19	20	18
Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	16	21	19	17
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	17	16	8	12
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates der Russländischen Föderation. Bis 2008 Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	18	17	16	20
Golikowa, Tatjana	Stellvertretende Ministerpräsidentin (bis 18.05.2018 Vorsitzende des Rechnungshofes der Russischen Föderation)	19	31	28	27
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns »Gazprom«	20	24	18	15
Gref, German	Vorstandsvorsitzender der »Sberbank«, früherer Wirtschaftsminister	21	20	23	32
Kowaltschuk, Jurij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Vorsitzender des Direktorenrats der »Bank Rossija«	22	22	26	30
Rotenberg, Arkadij	Milliardär, Finanzier, langjähriger Judoka, Sportförderer	23	25	22	37
Beloussow, Andrej	Berater des Präsidenten, zuständig für Wirtschaftsfragen	24	26	34	36
Solotow, Wiktor	Armeegeneral, Oberbefehlshaber der Nationalgarde (seit April 2016)	25	18	15	-
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Sewastopol und die Krim. Gilt als eine der Schlüsselfiguren in der Umgebung Putins.	26	34	49	26
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt der Russländischen Föderation	27	29	29	28
Matwijenko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates	28	30	25	21
Kudrin, Aleksej	Vorsitzender des Rechnungshofs	29	55	51	?
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	30	33	32	25
Golodez, Olga	Stellvertretende Ministerpräsidentin, Gesundheits- und Sozialpolitik	31	27	30	24
Kostin, Andrej	Finanzmann, Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB	32	42	64	39
Artemjew, Igor	Leiter des Antimonopoldienstes	33	47	39	48
Jarin, Andrej	Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidialadministration	34	35	-	-
Timtschenko, Gennadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, früher Mitbesitzer der »Gunvor Group«	35	32	35	29
Usmanow, Alischer	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	36	36	38	38
Brytschowa, Larissa	Beraterin des Präsidenten, Leiterin der Abteilung für Staat und Recht in der Präsidialverwaltung	37	46	42	47
Naryschkin, Sergej	Leiter des Auslandsnachrichtendienstes SWR, bis Herbst 2016 Vorsitzender der Staatsduma	38	40	24	19
Oreschkin, Maksim	Minister für Wirtschaftsentwicklung	39	-	-	-
Iwanow, Sergej	Sonderbeauftragter des Präsidenten für Naturschutz, Ökologie und Verkehr, Mitglied des Sicherheitsrats, ehemaliger Leiter der Präsidialadministration. Galt als führender »Silowik«	40	37	6	3
Akimow, Maksim	Stellvertretender Ministerpräsident, Digitales, Kommunikation und Infrastruktur (bis 18.05.2018 erster stellvertretender Leiter der Regierungsverwaltung)	41	-	-	-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2018 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking			
		2018	2017	2016	2015
Trutnew, Jurij	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten für den Föderalbezirk Fernost	42	41	41	43
Manturow, Denis	Minister für Industrie und Handel	43	48	57	70
Kadyrov, Ramzan	Präsident der Teilrepublik Tschetschenien	44	54	48	?
Ernst, Konstantin	Produzent, Medienmanager und CEO des Ersten Kanals	45	58	46	41
Mischustin, Michail	Leiter der Föderalen Steuerbehörde	46	52	55	?
Sinitschew, Ewgenij	Minister für Notstand, Zivil- und Katastrophenschutz	47	-	-	-
Mutko, Witalij	Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für Sport, Tourismus und Jugendpolitik), Präsident des russischen Fußballverbandes (lässt dieses Amt seit dem 25.12.2017 ruhen)	48	49	67	85
Turtschak, Andrej	stellvertretender Vorsitzende des Föderationsrates der Föderalversammlung	49	-	-	-
Rogosin, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Rüstungsbereich, Vertreter rechtsnationaler Positionen	50	28	31	14

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 veduschtschich politikow Rossii w 2018 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 10. Januar 2019 http://www.ng.ru/ideas/2019-01-09/7_7477_ideas.html, 10. Januar 2019; Orlow, Dmitrij: 100 veduschtschich politikow Rossii w 2017 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2018 <http://www.ng.ru/ideas/2018-01-11/57148100polytics.html>, 11. Januar 2018; Orlow, Dmitrij: 100 veduschtschich politikow Rossii w 2016 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2017 <http://www.ng.ru/ideas/2017-01-11/56899100politik.html>, 11. Januar 2017; Orlow, Dmitrij: 100 veduschtschich politikow Rossii w 2015 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2016 <http://www.ng.ru/ideas/2016-01-13/9top100.html>, 13. Januar 2016.

3. Dezember 2018 – 10. Januar 2019

03.12.2018	In jüngerer Vergangenheit waren mehrere Konzerte bekannter russischer Rapper abgesagt, einige Musiker zwischenzeitlich festgenommen worden. Die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa kündigt an, sich mit den Fällen zu befassen. Sie spricht sich gegen Konzertverbote aus, solange den betroffenen Musikern kein Extremismus vorgeworfen werden könne.
03.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret über die neue Zusammensetzung des »Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten«. Neuer stellvertretender Vorsitzender wird Jewgenij Bobrow, Leiter der Menschenrechtsorganisation »Woschod«. Neu im Rat sind außerdem unter anderem Wladimir Solowjow, Vorsitzender der russischen Journalistenunion und Politikwissenschaftlerin Jekaterina Schulman. Die Journalisten Stanislaw Kutscher, Leonid Parfjownow und Jelena Masjuk verlassen den Rat.
03.12.2018	Rustem Mardanow, bis vor Kurzem Premierminister der russischen Teilrepublik Baschkortostan, wird neuer Leiter der Hauptdirektion der russischen Zentralbank im Ural. Er hatte zwischen 2002 und 2013 bereits die Nationalbank von Baschkortostan geleitet.
03.12.2018	Der russische Schriftsteller Andrej Bitow stirbt im Alter von 81 Jahren in Moskau. Bitow gilt als einer der Begründer der Postmoderne in der russischen Literatur und war im Jahr 1988 Gründungsmitglied des russischen »Pen-Klubs« sowie seit 1991 dessen Präsident. Für seinen bekanntesten Roman »Das Puschkin-Haus« wurde er gemeinsam mit der Übersetzerin Rosemarie Tietze mit dem »Brücke Berlin Literatur- und Übersetzerpreis« ausgezeichnet.
05.12.2018	Das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation »Für Menschenrechte«, Lew Ponomarjow, zu einer Verwaltungshaftstrafe von 25 Tagen für die nicht genehmigte Durchführung einer Protestveranstaltung auf dem Ljubjanskaja Ploschtschad in Moskau am 28.10.2018.
06.12.2018	Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentrum« ergibt, dass 56 % der Russen nicht besorgt über die politischen und wirtschaftlichen Folgen der westlichen Sanktionen gegen Russland sind. 79 % der Befragten glauben allerdings auch an die Notwendigkeit der Verbesserung der Beziehungen Russlands zu den USA und anderen westlichen Ländern. 36 % waren der Europäischen Union gegenüber positiv eingestellt.
06.12.2018	Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation erklärt das am 26. September 2018 in Kraft getretene Gesetz zur Festlegung einer Grenze zwischen den russischen Teilrepubliken Inguschetien und Tschetschenien für verfassungskonform. In der Urteilsbegründung heißt es, Teilrepubliken hätten das Recht, ihr Hoheitsgebiet durch die Bestimmung einer Grenze festzulegen. Zur erstmaligen Bestimmung einer Grenze, wie in diesem Fall, sehe die Verfassung kein Referendum vor. Das inguschetische Verfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 4. Oktober 2018 einen Verfassungsbruch festgestellt mit der Begründung, Grenzen könnten nur nach vorheriger Volksbefragung festgelegt werden.
06.12.2018	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew zieht eine positive Bilanz der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2018. Nach offiziellen Berechnungen überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um etwa 200 Milliarden Rubel (etwa 2,6 Milliarden Euro). Die Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung des Turniers belaufen sich nach Angaben Medwedews auf etwa 650 Milliarden Rubel (etwa 8,6 Milliarden Euro).
06.12.2018	Die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa bittet die Staatsanwaltschaft in Moskau um Überprüfung der Verhältnismäßigkeit der Haftstrafe des Menschenrechtsaktivisten Lew Ponomarjow. Ponomarjow selbst legt unterdessen Beschwerde beim Moskauer Stadtgericht gegen das Urteil vom 5. Dezember ein.
07.12.2018	Walerij Limarenko, bisheriger Leiter der technischen Abteilung des staatlichen »Rosatom« wird neuer Gouverneur der Oblast Sachalin. Er folgt Oleg Koshemjako, der vom russischen Präsidenten Wladimir Putin im September zum stellvertretenden Obmann der Region Primorje ernannt worden war.
07.12.2018	Das Moskauer Stadtgericht verkürzt die Haftstrafe des Menschenrechtsaktivisten Lew Ponomarjow von 25 auf 16 Tage. Ponomarjow war am 5. Dezember 2018 wegen wiederholten Verstoßes gegen das Versammlungsrecht verurteilt worden und legte Beschwerde ein.
08.12.2018	Alexej Kudrin, Leiter des Rechnungshofes der Russischen Föderation, prognostiziert für das Jahr 2019 eine Inflation von etwa 4,6 bis 5,5 %. Er folgt damit der Prognose der russischen Zentralbank. Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Maksim Oreschkin, gibt derweil bekannt, dass die Inflation im Jahr 2018 zwischen 3,9 und 4 % liegen wird und damit über der offiziellen Prognose von 3,4 %.
08.12.2018	Ljudmila Aleksejewa, eine der bekanntesten russischen Menschenrechtsaktivistinnen, stirbt im Alter von 92 Jahren in Moskau. Aleksejewa war Mitbegründerin der »Moskauer Helsinki Gruppe« und bis zu ihrem Tod deren Vorsitzende. Zudem war sie u. a. Mitglied im Menschenrechtsrat des russischen Präsidenten.

11.12.2018	Die internationale Anti-Doping-Agentur (WADA) führt ein Audit bei der russischen Anti-Doping-Agentur (RUSADA) durch. Im Rahmen des Besuchs werden das Labor der RUSADA in Moskau besucht sowie dort lagernde Dopingproben untersucht. Der Besuch ist Teil der Bedingungen der im September 2018 beschlossenen erneuten Akkreditierung von RUSADA, die im Jahr 2015 aufgrund systematischen Dopings russischer Athleten bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi 2014 ausgesetzt worden war.
11.12.2018	Wiktor Solotow, Direktor der russischen Nationalgarde, reicht Klage gegen den Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj beim Ljublinskij-Bezirksgericht in Moskau ein. Nawalnyjs »Fonds für Korruptionsbekämpfung« hatte Solotow im August der Korruption beschuldigt. Daraufhin hatte dieser Nawalnyj öffentlich zu einem Duell herausgefordert. Solotows Klage lautet auf Verleumdung und die Verbreitung von Falschinformation.
11.12.2018	Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (»Roskomnadsor«) belegt den Internet-Riesen »Google« mit einer Strafe von 500.000 Rubel (etwa 6.600 Euro). »Google« hatte sich geweigert, in Russland verbotene Inhalte mit einem Filter zu belegen.
11.12.2018	Der in Tschetschenien wegen des Verdachts auf Drogenbesitz inhaftierte Leiter des Regionalbüros der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Grosny, Ojub Titijew, wird mit dem deutsch-französischen »Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit« ausgezeichnet.
13.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, in dem Wladiwostok als die neue Hauptstadt des fernöstlichen Bezirks festgelegt wird. Die bisherige Hauptstadt war Chabarowsk. Die Verlegung der Hauptstadt nach Wladiwostok wird mit der Wirtschaftskraft und der Rolle der Stadt als Motor für Innovationen in der Region begründet.
13.12.2018	Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einigen sich auf die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate über den 31. Januar 2019 hinaus. Begründet wird die Verlängerung mit den nicht erkennbaren Fortschritten im Hinblick auf die Umsetzung des Minsker Abkommens zur Befriedung der Ostukraine.
15.12.2018	Die Organisatoren des Weltwirtschaftsforums in Davos, welches im Januar 2019 erneut stattfinden wird, werden nun doch russische Unternehmer, die mit westlichen Sanktionen belegt sind, zum Forum einladen. Die russische Delegation hatte ihre Teilnahme abgesagt, nachdem bekannt geworden war, dass von Sanktionen betroffene Unternehmer nicht eingeladen werden würden. Im Einzelnen sind Oleg Deripaska, Wiktor Wexselberg und Andrej Kostin von den Sanktionen betroffen. Ihre Teilnahme ist nun an bestimmte Bedingungen geknüpft, unter anderem, dass es keine Interaktionen zwischen ihnen und Bürgern der Vereinigten Staaten geben wird.
16.12.2018	Oleg Kozhemjako, Gouverneur der Region Primorje, entscheidet die Wiederholung der Gouverneurswahlen mit 61,88 % für sich. 25,16 % der Wähler stimmten für seinen größten Konkurrenten, den Kandidaten der »Liberaldemokratischen Partei Russlands« (LDPR), Andrejtschenko. Die Zentrale Wahlkommission erklärte, die Wahlen seien reibungslos verlaufen, es habe keine Beschwerden gegeben. Im September war die Stichwahl aufgrund festgestellter Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt und eine Wiederholung der Wahl angekündigt worden.
17.12.2018	Die russische Zentralbank erhöht den Leitzins um 25 Basispunkte auf 7,75 % pro Jahr. Damit soll das Inflationsrisiko auch im Hinblick auf die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer begrenzt werden. Die Inflationsrate wird für das Jahr 2019 auf 5 bis 5,5 % prognostiziert. Ziel ist es, sie für das Jahr 2020 auf 4 % zu begrenzen.
17.12.2018	Das LjublinskijBezirksgericht in Moskau weist die Klage Wiktor Solotows gegen Aleksej Nawalnyj vom 11. Dezember 2018 wegen unzureichender Begründung zurück. Das Gericht gibt Solotow bis Mitte Januar Zeit, die Klageschrift nachzubessern.
18.12.2018	Generalstaatsanwalt Aleksandr Kurennoj gibt bekannt, dass in den ersten neun Monaten des Jahres 2018 insgesamt 1,8 Milliarden Rubel (etwa 22,9 Millionen Euro) an Bestechungsgeldern gezahlt worden seien. Die durchschnittliche Höhe der Zahlungen betrug dabei 610.000 Rubel (etwa 7.700 Euro). Damit sei die Zahl der festgestellten Korruptionsfälle gegenüber dem Vorjahr um 3 % gestiegen.
19.12.2018	Das US-Finanzministerium erlässt im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Ostukraine und angeblichen russischen Cyberattacken auf US-amerikanische Behörden Sanktionen gegen weitere 18 Personen und vier Unternehmen aus Russland. Der Liste hinzugefügt werden unter anderem Anatolij Tschepiga und Aleksandr Mischkin, die verdächtigt werden, im März einen Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julija in Großbritannien verübt zu haben. Außerdem wird die »Föderale Nachrichtenagentur« (FAN, auch bekannt als »Trollfabrik«) in die Liste aufgenommen.

20.12.2018	In Moskau findet die jährliche Pressekonferenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin statt. 1.702 Journalisten aus aller Welt sind für die Teilnahme akkreditiert. Schwerpunktthemen sind in diesem Jahr u. a. die Wirtschaftsentwicklung, die russisch-amerikanischen Beziehungen sowie die Entwicklung der russischen Regionen. In der 3 Stunden und 45 Minuten währenden Pressekonferenz beantwortet Putin in diesem Jahr insgesamt 61 Fragen von Journalisten.
22.12.2018	In Solikamsk im Gebiet Perm sterben bei einem Feuer in einer Uralkali-Mine neun Bergarbeiter, acht Arbeiter werden verletzt geborgen. Nach vorläufigen Angaben brach das Feuer aufgrund von Bauarbeiten im Schacht aus.
24.12.2018	Aleksandr Surinow, Leiter des Statistischen Bundesamtes (»Rosstat«) tritt zurück. Sein Nachfolger wird Pawel Malkow, bisher Leiter der Abteilung für Öffentliche Verwaltung im Wirtschaftsministerium. Surinow hatte das Statistische Bundesamt neun Jahre lang geleitet. Er wird auf eigenen Wunsch von seinem Posten entbunden.
25.12.2018	Premierminister Dmitrij Medwedew erweitert per Dekret die Liste natürlicher und juristischer ukrainischer Personen, die von Sanktionen betroffen sind. Die Sanktionen sehen unter anderem das Einfrieren von Vermögens- und Sachwerten der betroffenen Personen in Russland vor. Die Erweiterung der Sanktionen sei eine Reaktion auf den Vorfall im Asowschen Meer Ende November, als die russische Marine ukrainische Schiffe unter Beschuss genommen hatte, weil diese, Berichten zufolge, nicht auf Aufforderungen, anzuhalten, reagiert hätten.
25.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz zur Erhöhung des Mindestlohns auf das Existenzminimum ab 1. Januar 2019. Der Mindestlohn wird um 117 Rubel (etwa 1,50 Euro) erhöht und wird damit ab Januar 2019 11.280 Rubel (etwa 140 Euro) monatlich betragen.
26.12.2018	Nach eigenen Angaben testet das russische Verteidigungsministerium erfolgreich eine neue Rakete mit Überschallgeschwindigkeit. Sie soll ab 2019 vom russischen Militär eingesetzt werden. Laut Angaben des Ministeriums sei es nicht möglich, die Interkontinentalrakete mit gängiger Technologie abzufangen.
28.12.2018	Der russische Grenzschutz meldet den Abschluss der Bauarbeiten am 60 Kilometer langen Grenzzaun zwischen der Halbinsel Krim und der Ukraine. Ein Sprecher der autonomen Krim-Republik begründete diese Maßnahme mit dem Schutz der Bevölkerung vor ukrainischen Einflüssen.
29.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin empfängt seinen belarussischen Amtskollegen Aleksandr Lukaschenko in Moskau. Wichtige Gesprächsthemen sind unter anderem die Einfuhr belarussischer Lebensmittel nach Russland sowie die russischen Gaspreise.
29.12.2018	Im Jahr 2018 lag die Inflation in Russland bei insgesamt 4,2%. Dies gibt das russische Wirtschaftsministerium bekannt. Damit liegt sie deutlich über der im September von der russischen Regierung korrigierten Prognose von 3,4% und auch über der Inflationsrate des Jahres 2017. Diese lag bei insgesamt 2,5%.
30.12.2018	Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich Veterinär- und Pflanzenschutz (»Rosselchhosnadsor«) verbietet die Einfuhr von Futtermitteln und Zusatzstoffen für Futtermittel von drei Unternehmen aus Belgien, Italien und den Niederlanden. Grund für das Verbot sei, dass in ihren Produkten nicht gemeldete gentechnische Veränderungen nachgewiesen worden seien.
31.12.2018	Bei einer Gasexplosion in einem zwölfstöckigen Wohnhaus in Magnitogorsk kommen nach vorläufigen Angaben vier Menschen ums Leben, 35 Bewohner werden vermisst, zehn Menschen verletzt. Die Explosion, bei der einer der zwölf Treppenaufgänge einstürzte, ereignete sich in der Nacht auf den 31. Dezember 2018. Mehr als 1.000 Bewohner wurden daraufhin evakuiert und in Notunterkünften untergebracht. Die Ursache der Explosion ist zunächst unklar. Der russische Präsident Wladimir Putin, der aus seinem Neujahrsurlaub nach Magnitogorsk anreiste, kündigt die Schaffung einer Regierungskommission an, die sich um die Folgen der Gasexplosion kümmern werde.
01.01.2019	Die Chefredakteurin des Internetmagazins »The New Times«, Jewgenija Albaz, kündigt ihren Rücktritt an. In einem Interview mit dem Radiosender »Echo Moskwy« sagte sie, sie plane ihren Rücktritt für das Jahr 2019 und sei derzeit auf der Suche nach einem Nachfolger.
02.01.2019	Nach der Evakuierung eines Wohnhauses infolge einer schweren Gasexplosion in Magnitogorsk am 31. Dezember 2018 werden neun Aufgänge nach Abschluss einer technischen Inspektion wieder für die Bewohner freigegeben. Die Zahl der Todesopfer erhöhte sich in der Zwischenzeit auf 31 Menschen, zehn Menschen werden noch vermisst. Die Rettungsarbeiten dauern an.
03.01.2019	Der erste stellvertretende Minister für Katastrophenschutz, Aleksandr Tschuprijan, erklärt die Rettungsarbeiten nach der Gasexplosion in einem Wohnhaus in Magnitogorsk am 31. Dezember 2018 für beendet. Ihm zufolge seien 39 Menschen tot geborgen worden, 38 von ihnen seien bereits identifiziert. Es würden keine weiteren Menschen in den Trümmern vermutet.

05.01.2019	Der ökumenische Patriarch Bartholomäus unterzeichnet das Tomos über die Anerkennung der vereinigten Orthodoxen Kirche der Ukraine. Mit diesem Dekret ist die Abspaltung der neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine von der Russisch-Orthodoxen Kirche festgeschrieben.
10.01.2019	Der Oppositionsführer Sergej Udaltow legt Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Im September 2018 verhängte das Simonowskij-Bezirksgericht eine dreijährige Verwaltungsstrafe, mit der Udaltow untersagt wurde, an Kundgebungen und Demonstrationen teilzunehmen. Er habe in den Jahren 2017 und 2018 mehrmals gegen das Versammlungsrecht verstoßen. Udaltow sieht sein Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf ein faires Verfahren verletzt.
10.01.2019	Der russische Performancekünstler Pjotr Pawlenskij wird in Frankreich zu drei Jahren Haft verurteilt, zwei davon wurden zur Bewährung ausgesetzt. Er hatte im Oktober 2017 den Eingangsbereich der französischen Zentralbank in Paris in Brand gesetzt. Da Pawlenskij sich bereits zwischen Oktober 2017 und September 2018 in Haft befand, wird er bereits im Februar 2019 aus der Haft entlassen werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

